

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	28. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	20. September 2016, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Erster Bürgermeister Wolfram Jäger

28.

**Punkt 29 der Tagesordnung: Möglichkeiten und Chancen eines allparteilichen Konfliktmanagements im öffentlichen Raum nach dem Münchener und Wiener Modell**

**Antrag der Stadträte Parsa Marvi und Dr. Raphael Fechler (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 11. August 2016**

**Vorlage: 2016/0486**

**Beschluss:**

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

**Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 29 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadtrat Marvi (SPD):** Unsere Fraktion zeigt sich mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden. Warum? Prävention und Intervention sind gleichermaßen entscheidende Elemente bei der Entwicklung von Konfliktbewältigungsstrategien, auch zur Bewältigung von Konflikten im öffentlichen Raum. Unabhängig von der Größe einer Stadt kann ein allparteiliches Konfliktmanagement, wie es in München erfolgreich erprobt wurde und wie es voraussichtlich auch in Freiburg zeitnah umgesetzt werden wird, einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Konflikte bei der Nutzung im öffentlichen Raum zu entschärfen und so für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu einem Mehr an Sicherheit und Vertrauen in die Stadt beitragen.

Das allparteiliche Konfliktmanagement trägt dazu bei, dass sich anbahnende Konflikte frühzeitig entschärfen lassen, bevor eine Situation eskaliert und die Positionen sich verhärten. Hier liegt der Unterschied zu dem vielzitierten runden Tisch, bei dem in den meisten Fällen das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist.

Es geht uns bei dem allparteilichen Konfliktmanagement nicht darum, bewehrte und bestehende Strukturen, wie die Straßenarbeit oder den KOD abzuschaffen, sondern diesen für ein Mehr an Akzeptanz in der Bevölkerung in sinnvoller Weise zu ergänzen.

Auch geht es uns nicht, wie in der Antwort der Verwaltung zu lesen ist, um die blinde Schaffung zusätzlicher institutioneller Funktionen, sondern um die Schaffung einer Gesamtstruktur, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger bei der Nutzung des öffentlichen Raums gerecht wird. Letztendlich ist es für unsere Fraktion nicht entscheidend, ob die genannten Strukturen allparteiliches Konfliktmanagement genannt werden oder diese Strukturen – wie in der Antwort der Verwaltung zu lesen ist – sich wiederfinden in dem Prinzip: Sicherheit, Intervention und Prävention. Es geht uns darum, hier ein Gesamtkonzept zu entwickeln.

Für uns stellt sich die Frage, warum in der Vergangenheit die Prävention eine nachgeordnete Rolle gespielt hat, wenn bei der Aufstellung des KOD vor vier bis fünf Jahren dieser Gedanke anscheinend eine Rolle spielte. Wir wünschen uns eine entsprechende Bearbeitung dieses Themas in den zuständigen Ausschüssen, vorzugsweise im Hauptausschuss.

**Stadträtin Wiedemann (CDU):** Im Hinblick auf die Zeit halte ich mich etwas kurz. Die CDU folgt dem Vorschlag der Verwaltung. Wir haben in Karlsruhe „Sozial Sicher Aktiv Mobil“, so wie es SAM in Wien propagiert. Wir sind eine 300.000-Einwohner-Stadt, vielleicht mittlerweile 20.000 mehr. Aber wir haben eine KOD, einen kommunalen Ordnungsdienst. Wir haben bei der Polizei, die mit dem KOD zusammenarbeitet, ein Deeskalierungsprogramm laufen, das wunderbar funktioniert. Wir haben ein Jugendschutzteam bei Festen, bei Nachtumzügen usw. Wir haben funktionierende Bürgervereine, die ihre Problemlplätze und –stätten kennen. Wir haben den Stadtjugendausschuss, der Streetworker zur Verfügung stellt. Wir brauchen eigentlich kein neues Konzept. Wir haben im Moment genügend Arbeit und genügend Ausschüsse und genügend runde Tische. Ich denke, das, was wir in Karlsruhe vorweisen können, das genügt.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Wir Grünen halten die Idee der SPD für gut, sich mit Methoden des mediativen Konfliktmanagements, das steckt eigentlich hinter diesem Münchener Modell, für den öffentlichen Raum zu beschäftigen. Durch Mediatoren gesteuerte Streitbeilegungsformen werden in allen Bereichen des Lebens vermehrt eingesetzt. Ich denke, es ist überfällig, dass auch in Karlsruhe diese Form eingesetzt wird, weil es letztlich auch eine präventive Form sein kann, weil es Geld spart und weil man dadurch zu Lösungen kommen kann - weil alle Streitparteien einbezogen werden -, die auch langanhaltend sind.

Dabei geht es nicht um irgendwelche Konflikte bei solchen Verfahren, sondern um einen prophylaktischen Ansatz, um Prävention oder um länger andauernde emotionalisierte Konfliktsituationen im öffentlichen Raum, die wirklich sehr komplex sind, wo es nicht nur um zwei Parteien geht und wo man ein bestimmtes Verfahren braucht. Das hat sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen gezeigt. Auch eine Schlichtung, die mit einem bestimmten Aufwand verbunden ist, mit mehreren Terminen, mit bestimmten Räumen, die man dann hat, also nicht allein durch Streetworking oder durch den KOD ist möglich. Solche Situationen haben wir jetzt am Werderplatz und hatten wir in der Nottingham-Anlage. Von Mühlburg wurde gesprochen und die Frage, ob man dort nicht präventiv so vorgehen könnte.

Die Antwort der Verwaltung hat uns nicht befriedigt, weil da unseres Erachtens nicht gesehen wurde, dass es dabei um verschiedene Rollen geht, beim KOD einerseits, bei Streetworkern und andererseits bei Mediation. Wir haben ganz unterschiedliche Rollen. Mediatoren haben die Aufgabe, neutral heranzugehen und dürfen nicht bei der Stadt angestellt sein, weil dann das Thema Neutralität wegfällt. Der KOD ist nicht neutral, sondern arbeitet im Auftrag der Stadt bzw. hat polizeiliche Aufgaben. Die Streetworker sind für ihr bestimmtes Klientel verantwortlich. Insofern ist es eine ganz andere Rolle, die Mediatoren haben.

Natürlich ist es gut, wenn der KOD auch in den Methoden der deeskalierenden Gesprächsführung weiter geschult wird. Das ist ganz klar. Aber es sind verschiedene Dinge, von denen wir da sprechen. Deshalb halten wir den Einsatz von Mediatoren für sinnvoll, denken aber auch, dass die Verwaltung Recht hat. München ist eine andere Situation. Die haben keinen KOD. Die haben eventuell ein ganz anderes Streetworking-Konzept. Vorstellbar wäre für uns, dass man relativ einfach herangeht, indem man eine Koordinierungsstelle schafft, die dann in den speziellen Fällen, wo es wirklich um große Konflikte geht, die nicht so häufig vorkommen, einen Mediatorenpool hat, wo man freiberufliche oder auch angestellte Mediatoren dazu nimmt, die dann neutral ein Schlichtungsverfahren durchführen können.

Deswegen sind wir auch der Meinung, dass einige Fragen noch nicht ganz geklärt sind und das Ganze in den Ausschuss verwiesen werden sollte.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Das hört sich wunderbar an, Konfliktmanagement. Es ist explizit der Werderplatz genannt. Wer bei der Bürgerversammlung dort war, der sagt, es gibt dort kein Konfliktmanagement mehr. Es ist gescheitert. Sozialer Dienst, Diakonie, da war alles in Ordnung. Frau Hillesheimer, die Vorsitzende, hat gesagt, das ist am Kippen. Wenn man hier nicht radikal durchgreift, hat man keine Chance. Im Weg stehen uns nur die Juristen, die dem KOD noch in den Rücken fallen und ihn nicht unterstützen. Sie trauen sich nicht mehr, etwas zu machen; sie fahren nur noch durch, sind jeden Tag vor Ort. Aber es ändert sich nichts. Die Gewerbetreibenden, die Gastronomen müssen sich an Konzession halten. Die sagen, wenn die Gäste um 11 Uhr los gehen, schreien und johlen die die ganze Nacht durch. Warum schreiet dort niemand ein? Die Südstadt hat die Schnauze voll. Sie sagen, der Werderplatz kann nicht der Müllplatz sein. Die sollen einmal in den Märchenring gehen mit ihren Kameraden. Es kann nicht so weitergehen. Man muss hier schärfere Maßnahmen ansetzen. Die Polizei muss einmal intensiver vorgehen. Wir haben als Stadt das Hausrecht dort. Hier muss entschieden eingegriffen werden. Da nützt ein Konfliktmanagement nichts mehr.

**Stadtrat Schmidt (parteilos):** Ich spreche auch für den Kollegen Wenzel. Wir schließen uns der Einschätzung der Verwaltung an und sind der Meinung, dass man zusätzliche Mittel lieber in die Aufstockung des KOD stecken sollte, und zwar aus folgendem Grund.

Für das im Antrag genannten Beispiel Werderplatz hat das vorgeschlagene Konzept nicht funktioniert. Die sehr turbulent verlaufene Bürgerversammlung in der Südstadt in der letzten Woche hat gezeigt, dass die Prioritäten in diesem Stadtteil heute woanders liegen: offene Drogenszene, illegale Prostitution, Diebstähle und Übergriffe im öffentli-

chen Raum. Diese Problematik haben wir nicht nur in der Südstadt, sondern auch an anderen Stellen der Stadt. Dagegen hilft nicht ein allparteiliches Konfliktmanagement, sondern mehr Präsenz von Polizei und KOD.

Wie wir im Sicherheitsbericht 2014 und auch im Bericht über die Lebensqualität 2015 gesehen haben, verschlechtert sich das Sicherheitsempfinden der Karlsruher immer weiter. Grund hierfür ist die steigende Zahl von Berichten in den Medien über die Straftaten in der Stadt und die von den Bürgern selbst erlebten oder beobachteten Verschlechterungen in ihrem Umfeld. Dem kann man nur entgegen wirken mit mehr Polizei und KOD auf den Straßen und Plätzen. Der Bürger muss das Gefühl haben, dass sich jemand verantwortlich fühlt für das Umfeld, in dem er sich gerade bewegt. Deshalb ist in der Innenstadt rund um die Uhr eine zusätzliche Doppelstreife des KOD erforderlich, die in direkter Verbindung steht mit der Leitstelle des Polizeipräsidiums. Mehr Uniformen auf den Straßen schrecken auch mehr potentielle Täter ab, da die Wahrscheinlichkeit, dass sie beim Entfernen vom Tatort gefasst werden, durch mehr Ordnungspersonal auf der Straße steigt.

Noch eine Anmerkung zur gewagten These vom Kollegen Pfalzgraf, dass mehr Beleuchtung und mehr Lampen nicht für mehr Sicherheit sorgen: Wir haben inzwischen insgesamt 7 oder 8 Bürgerversammlungen gemacht. In all diesen Bürgerversammlungen kamen konkrete Vorschläge, welche Straßen oder Plätze besser beleuchtet werden sollen, u. a. vom ehemaligen Leiter des Polizeireviers Oststadt, der konkret vorgeschlagen hat, den Messplatz auch zu beleuchten, wenn dort keine Messe stattfindet, weil auf diesem Platz die höchste Anzahl von Autoeinbrüchen stattfindet, die er in seinem Revier hatte. Auch der Kollege Dr. Fechler wird Ihnen bestätigen, dass es in seinem Bürgerverein Nordweststadt ganz konkrete Vorschläge gibt, bestimmte Straßen oder Plätze besser zu beleuchten.

**Der Vorsitzende:** Es ist ein Verweisungsantrag gestellt. – Keine Verweisung? Sie erklären es für heute erledigt.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
7. Oktober 2016